

Ersteintrag täglich nachmitt. mit Anzeigen der Sonntagsblätter.

Abonnementspreis monatlich 1.80 Mk. vierteljährlich 4.80 Mk. jährlich 12.00 Mk. (Postgebühren inbegriffen).
 Die **„Neue Zeit“** (Kultur- und Politikblätter), durch die Post nicht befördert, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pf.

Verleger: Dr. 1047. Verlagsgesellschaft Halle a. S.

Die Neue Zeit

Sozialdemokratisches Organ

Inserationsgebühr beträgt für die halbe Zeile 20 Pf. für die volle Zeile 40 Pf. für die volle Spalte 1.00 Mk. für die volle Seite 4.00 Mk. (Anzeigen für die erste Woche 20% ermäßigt).
 Die **„Neue Zeit“** (Kultur- und Politikblätter), durch die Post nicht befördert, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pf.

Inserate für die volle Zeile 20 Pf. für die volle Spalte 1.00 Mk. für die volle Seite 4.00 Mk. (Anzeigen für die erste Woche 20% ermäßigt).

Eingetragen in die **Postzeitungs-Liste** unter Nr. 7599.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr Expedition Geisstr. 21, Hof part. r

Die Bilanz von Lübeck.

3 Dreimal erklingt brandend aus mehr als zweihundert Mänteln das Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, nachdem Zinger in üblicher Weise die Ergebnisse der Beratungen des Parteitag zusammengefaßt hat. Stehend singen darauf die Delegierten die erste Strophe der Marschlied, und zum letzten Male ruft Zinger dann die Präsidientenrede, die während der achtstündigen Verhandlungen so wenigen zur Freude und so vielen zum Verdruß die Redner daran erinnert hat, daß ihre Redezeit abgelaufen sei. „Der Parteitag ist geschlossen“, verkündet Zinger, und nach einem Liebeslich allgemeinen Schweigens können die Hunderte von Stimmen, unbeeinträchtigt durch die Bestimmungen der Geschäftsordnung durcheinander zum letzten Gruß und zum Abschied. Wenige Minuten noch, und der prächtige Saal des Vereinshauses unserer lieblichen Parteifreunde liegt wieder verlassen da; die Delegierten eilen in Trupps nach dem Bahnhof, um noch die Abendglocke zu erklingen; der Parteitag ist zu Ende.

Es waren acht Tage harter Arbeit und ersten geistigen Mühsals. Wer die Mehrzahl der früheren Parteitage mitgemacht hat, wird bekennen müssen, daß kaum einer derselben das gleiche hohe Niveau erreichte. Auch das war noch nie zu vergleichen, daß bis zum Freitag, dem fünften Verhandlungstage, über den Bericht des Parteivorstands debattiert worden ist. Die Vereinigung des Hamburger Bauernbundes und der Berufungsfrage hatte diese ungewöhnliche Ausdehnung veranlaßt. In beiden Fällen ergiebt sich schließlich der Parteitag mit sehr großen Mehrheiten auf Resolutionen, die zwar, wie alle derartigen Vereinbarungen, ein Kompromiß darstellen, die aber doch mit erwinlicher Deutlichkeit den Standpunkt der Partei klären. Was die im obigen Bericht über den Parteitag erwähnte durch die im obigen Bericht erwähnte Parteitagsgeschichte.

Am Samstag der Streitfall II. hätte nach der Menge der vorliegenden Anträge, die eine Fortsetzung des Schiedsspruchs verlangten, erwartet werden können, daß diesem Vorgehen entgegenwäre. Es stellte sich jedoch heraus, daß in den Parteiverhandlungen, von welchen die Aufhebung des Schiedsspruchs gefordert worden war, zumeist die örtlichen Bauernorganisationen durch starken Besuch die Entscheidung herbeigeführt hatten, so daß die Anzahl der auf Aufhebung des Schiedsspruchs gerichteten Anträge nicht der Meinung der wiesentlichen Mehrheit unter den Parteigenossen entsprach. Den Hamburger sozialdemokratischen Vereinen ist es überlassen worden, die Affordauer, deren Verhalten ohne jede Einschränkung und von allen Delegierten aus scharfster Gemüthsregung billigt wurde, aus den örtlichen Parteiverhandlungen auszuscheiden, so lange sie auf ihnen, die gewerkschaftlichen Interessen schädigenden Verhalten beharren.

Ein sehr günstiger Eindruck machte die Erklärung von Zinger, nachdem der Resolution Annahme gefunden hatte, durch die kein Antritteur getadelt wurde. Er gab die Versicherung ab, sich nach dem Datum zu richten, obwohl er nicht glaube, zu dem Vorwurf Anlaß gegeben zu haben. Inwiefern vollen Parteigenossen werden, wie bei dieser Gelegenheit

bemerkte sein mag, Ende Oktober oder Anfang November Gelegenheit haben, einen Vortrag des Genossen Berntsen über die Englische Kommunalpolitik zu hören.

Sehr ernsthaft wurde die Budgetbewilligung seitens unserer lieblichen Landtagsabgeordneten geprüft. Der Parteitag hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er durch unsere parlamentarischen Vertretungen den Klassencharakter der Sozialdemokratie nicht verwirrt sehen will. Der schmächtige Opportunismus kann unserer Partei nur Schwierigkeiten bereiten und muß nach kleinen Scheinerfolgen zu dauernden Schädigungen der Arbeiterbewegung führen.

Trotz der Kürze der Zeit, die auf ihre Verhandlung nur noch verwendet werden konnten, wirkten die Dekrete Bebel's über den Zollwucher und Ebelens über die Wohnungsfrage sehr nachdrücklich. Es waren fesselnde Prothesen, die gegen die Ausweitung des Volkes durch teure Brotpreise und hohe Wohnmieten erhoben wurden.

Wenn wir jetzt auseinandergehen, jeder an die Stelle, wo er zu arbeiten hat, so thun wir das in den Bewußtsein, daß wir bemüht gewesen sind, auch die Parteitagsgeschichte für unsere Partei zu einer erfolgreichen zu gestalten. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten, alle miteinander. Diese Worte aus Zingers Schlussrede treffen das Richtige. Keine Partei kann auch nur eintreten, einen solchen Kongreß abhalten wie die Sozialdemokratie. Fast zwei Drittel sämtlicher Reichstagswahlkreise hatten Vertreter entsandt. Kein größerer Bezirk des Reichs war untertreten, und wenn in Bayern nicht die Eröffnung des Landtags vor der Thür gestanden hätte, wären auch aus Süddeutschland noch mehr Delegierte erschienen. Und wie scharf auch die Geister mehrfach zusammenprallen; eine dauernde Vermählung kann dadurch nicht entstehen, wie denn sachliche Meinungsverschiedenheiten an sich niemals Verhandlungen zur Folge haben können, diese vielmehr aus persönlichen Missverständnissen erwachsen, wobei freilich oft genug föhliche Differenzen als Grund vorgehalten werden. Und das persönliche Feindschaften, die es natürlich in einer so zahlreichen Partei wie der unseren, geben muß, auf den Parteitag nicht im mindesten für die Beschlüsse maßgebend werden können, wenigstens sie aus den Debatten inswider zu erkennen sind, dafür sorgt eben die Zusammenfassung des Parteitages aus allen Teilen Deutschlands. Der See verändert nicht dadurch sein Wesen, daß einzelne Wellen gegen einander schlagen. Wogen unter Umständen im örtlichen Parteileben verführliche Zustigkeiten unter den führenden Parteigenossen lähmend auf die Entwicklung der Bewegung einwirken, auf dem Parteitag verwinden solche Differenzen vollständig und darum werden die Hoffnungen unserer Gegner auf Abspaltung stets vergebens sein. Die Gegner müssen uns eben mit ihrer eigenen Ull, und diese ist zu kurz. So ist es auch durchaus selbst, davon zu reden, Berntsen habe sich nur gemüht und gegen bessere Überzeugung gekonnt. Er hat sich gefürcht aus der Gefährdung heraus, daß sein Auftreten in manchen Kreisen nicht die Billigung der Mehrheit unserer Parteigenossen gefunden hat und daß es seine Pflicht ist, als edler Demokrat auf die unbefindliche, von der übergroßen Mehrheit des Parteitages bekundete Meinung zu hören und

sich darnach zu richten. Mehr ist von ihm nicht verlangt worden. Denn nicht ist wenig kann herabgehoben werden; nicht die abweichenden Meinungen Berntsens in vielen grundlegenden Fragen des Sozialismus an sich sind es, die eine Wühlung erzeugt haben, sondern die von ihm allerdings bestrittene Thatsache, daß er in den letzten drei Jahren einseitig immer nur die theoretischen Grundlagen unserer Partei angegriffen, nicht aber im gleichen Maße mit seinem unfaßlichen Wissen die bürgerliche Gesellschaft bekämpft hat. Der Parteitag ist zu Ende. Seine fruchtbringenden Stimme und seine klärenden Beschlüsse werden von den Delegierten nach allen Teilen Deutschlands getragen werden. Das Parteileben wird aller Orten eine Stärkung erfahren; das Gefühl der strengsten Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein, daß der gemeinsame Feind, der Kapitalismus, gemeinsam bekämpft werden muß, wird zu helleren Flammen emporlehen, die dem proletariats in den nächsten Jahren bevorstehen, werden das Ihrige dazu thun, daß die Sozialdemokratie bleibe, was sie war und ist: Die Befreierin des arbeitenden Volkes.

Tagesgeschichte.

Halle 30. September.

Die Märchenbrunnen-Affäre.

Die Kritik Wilhelm II. über den Märchenbrunnen des Berliner Stadtbaurats Hoffmann ist dem Polizeipräsidenten zu gegangen. Dem Magistrat sollte am Sonnabend offiziell Mitteilung davon gemacht werden.

Das Skandale wird offiziell folgendermaßen beschrieben: Die Gruppen vorn links deuten die Wärschlagen an; rechts wird an entsprechender Stelle ein Knecht Ruprecht hingewiesen. Die Brunnenanlage inmitten bringt Einzelheiten aus den in und um Wasser sich abspielenden Märchen, während oberhalb der Brunnenöffnung sich die Kinder, aus den verschiedenen Märchen zu gemeinsamen Mühsäßen vereinigt haben. Die unteren Brunnen kommt vor eine große Menschenmenge zu stehen, er wurde daher für den Durchblick offen gehalten. Die vorderen beiden Brunnen werden vor dichtem Baumbehang aufgestellt und bilden daher in sich geschlossene Anlagen. Beim Schönenbrunnen wird die Brunnenanlage von den lieben Bäumen getragener, an der Säule sind die hüben seen, die Jägerzene und die Falschheit zur Erscheinung gebracht. An der Bankreihe kommen zwischen Wärsen mit den lieben Zellernden die einzelnen Szenen des Märchens zur Ausdeutung. Die seitlichen Bankreihen sollen ornamentale das Rüstige des Märchenbrunnens darstellen. Der vordere Brunnen ist schlicht in Anlage und Maßstab dem Schönenbrunnen eng an. An Stelle der Bäume treten hier die eingetragenen Künstigungen. Die Modelle zu den zwei vorderen Brunnen führte Bildhauer A. Giedede aus, während der Herr Bildhauer ein Modell des mittleren Brunnens gefertigt hat. Mit der Ausführung in hartem Sandstein war im Sommer begonnen worden.

Wilhelm II. Korrektur geht von der Ansicht aus, daß der Brunnen zu groß sei. Das Werk, das für die Kleinen gedacht sei, müsse sich daher auch klein und zierlich geben. Ob

80) (Nachdruck verboten.)

Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Zola. Aus dem Französischen überfetzt von Leopold Rosenzweig.

„Ach — o nein! Wer denkt an mich? Keine Regierung wird sich die Mühe nehmen, sich mit meiner unbedeutenden Person zu befassen, denn ich habe das Talent, so wenig als möglich zu verwirren und immer verstanden. Anständig zu sein, wie meine Vorgänger. Ich werde nie, in glücklicher Begeisterung werden, wenn einmal das letzte Ministerium zusammenbricht. Aber ich denke an Sie, liebe Freunde.“

Victor antwortete er seinen Gedanken und zählte alle Vorteile auf, die es mit sich bringen müßte, der Revolution zuzustimmen und aus der Selbstherrschaft eine zweite Grederie zu machen. Der Gewinn würde sich dadurch nicht vermindern, im Gegenteil. Und dann, sagte er, sei er zu flug, um nicht rasch zu sehen, daß auf diesem Wege die Zukunft liege, daß die organisierte Arbeit schließlich die alte, ungeredete bürgerliche Gesellschaftsordnung hinwegjagen werde. In diesem Gedanken, feinstlicher Beamten, der eine hochorganisierte Selbstherrschaft, den unter seiner weltmächtig glatten Außenhülle verbarg.

„Natürlich, mein lieber Guirry,“ schloß er lachend, „wird mich das nicht hindern, mich offen gegen Sie zu erklären, wenn Sie der Gesellschaft diesen hübschen Streich geistlich haben werden. Ich werde sagen, daß Sie ein Aristokrat sind, und daß Sie den Verdacht verlieren können. Aber ich werde Sie unarmen, wenn ich hierher komme, denn Sie werden da einen ausgezeichneten Schachzug gemacht haben, der Ihnen großen Nutzen bringen wird. Und Sie sollen sehen, was die Leute für Gefühle machen werden.“

Guirry jedoch, antwortete, über die Kühnheit des Vorhabens, weigerte sich durchaus, dem Rate des Fremden zu folgen. Seine ganze Vergangenheit leuchte sich dagegen auf, seine Selbstherrlichkeit als Chef empore die gegen den Gedanken, der Gesellschaft seiner Arbeiter zu werden, deren unumkehrbarer Gebieter er bisher gewesen. Aber unter seiner diesen Baum lag sich ein sehr nichtigen rechnender Geschäftsmann, und er

erkannte bald, daß er durchaus nichts mochte und im Gegenteil sein Unternehmen gegen alle Gefahren der Zukunft verlorerte, wenn er vom fügen Mate Hoteliers folgte. Und dann; was auch er von dem Hand der Gegenwart berührt worden, von der Leidenschaft für Reformen, deren Kontinuität in Zeiten der Revolution gerade in die Klaffen zwischen die aus ihren Besitz vertreiben werden sollen. Guirry glaubte schließlich, der Gedanke sei in ihm selbst entworfen, wie Victor es ihm auf dem Mate Hoteliers hin täglich einredete, und er that den entscheidenden Schritt.

Der Skandal unter den Bürgern Beauclairs war groß. Man gerüchte Guirry anzuflammen man hat den Präsidenten der Arbeiter, die sehr zurückgefallen lebte und keinen schuldigen Verstand mehr hatte, sondern seine Zügel mit einem jungen Abolventen in flagrant ertramp worden war und so ihm hatte zu unterfellen müssen, ließ sich gleichfalls nicht herbei, dem Bürgermeister Vorstellungen zu machen, die die vierwöchige sehr übel aufnehmen würde. In verordnete man härtere Mittel. Der Schmeichele der Präsidenten, der Baummanns Kollege, hatte nach dem seine Frau verlassen hatte, mit verführter Witte der Reaktion in die Arme geworden. Er gab so heilige Artikel in das Journal de Beauclair, daß der Drucker Verlehen, von der Wendung, welche die Dinge nahmen, beunruhigt, im Gefühl der Notwendigkeit, auf der härteren Seite zu stehen, ihm eines Tages im Blatt erschienen hatte und selber bestimt war, langsam dessen Überzeugung zu der Partei der Grederie zu vollziehen. Unterrichtet und ohnmächtig trug der Hauptmann einen unthätigen Groll mit sich herum, als man darauf verfiel, daß er allein den Präsidenten bestimmen konnte, aus seiner Nierde herauszutreten, denn er hatte mit seinen Schmeichele nicht gekonnt und tanzte noch immer Grüns in ihm. Mit dieser heiligen Mission betraut, machte also der Hauptmann eines Tages dem Wärsden einen offiziellen Besuch, der zwei Stunden dauerte. Als er dann das Haus verließ, hatte er von seinen Schmeichele nur ausweichende Antworten erhalten, aber er war mit seiner Frau wieder verheiratet. In nächsten Tage wagte er die heimliche Wohnung wieder und bezogh seiner Frau dieses eine Mal,

geger ihr heiliges Verprechen, daß sie es nicht wieder thun werde. Ganz Beauclair war verblüfft über diese unermordete Lösung, und die Verblüffung löste sich in allgemeines Gelächter auf.

Durch Zufall und ohne mit irgend einer Mission betraut zu sein, gelang es dem Ehepaar Magelle, den Präsidenten zum Eingeständnis seiner wahren Meinung zu bringen. Er hatte die Gewohnheit, jeden Morgen auf dem Boulevard de Maguelles, einer langen, menschenleeren Straße, seinen Spaziergang zu machen. Den Kopf geneigt, die Hände auf dem Rücken, ging er hier in diversen Sinnen lange auf und ab. Seine Gedanken waren gekehrt, die unter einer schweren Last, er schien jedoch unter dem Bewußtsein eines verfluchten Lebens, des Leblen, das er gethan hatte, des Guten, das er nicht hatte thun können. Und wenn er die Augen erhob und ins Weite blickte, schien er nach dem Unbekannten der Zukunft auszufluchen, nach etwas, das kommen sollte und nicht kam, das er nicht mehr sehen würde.

Als ihm nun Herr und Frau Magelle eines frühen Morgens auf ihrem Wege zur Kirche begegneten, wagten sie es, ihn anzusprechen, um seine Meinung über die öffentlichen Vorgänge zu hören, die sie mit der unbestimmten Furcht vor irgend einer Veränderung auf ihre eigenen Interessen erließen.

„Ah, Herr Präsident, was sagen Sie zu alledem, was sich ereignet?“

Er sah sie mit verdorren Blicken an und sagte mehr zu sich selbst, gleichsam laut die Gedanken fortsetzend, denen er eben in tiefen Sinnen nachgegangen hatte:

„Ich sage, daß er sehr lange ausbleibt, der Wärselium der Würde und Gerechtigkeit, der endlich diese oberschliche Welt hinwegjagen wird.“

„Aus höchste Betroffen, verständnislos, stammelten die Magelle.“

„Wie, was sagen Sie, Herr Präsident? Sie wollen uns nur erschrecken, weil Sie wissen, daß wir ein hübschen Jurist sind. Ja, das sind wir wohl, und man neckt uns auch viel damit.“

(Fortsetzung folgt.)

der Kaiser in der schriftlichen Ausarbeitung seiner Wünsche ein genaues Maß für die Größe der Fiktion angegeben hat, wird nicht beachtet. Der Kaiser wünscht ferner eine einfachere Gestaltung der Gesamtanlage; in einzelnen dagegen soll der Brunnentempel geliebt und zerlegt werden. Wie die reiche Teilung und Gliederung vorgenommen werden soll, auch darüber finden sich in dem Gutachten keine Bestimmungen.

Die man sieht, haben gerade die Entwürfe der drei Würdenbrüder für den Friedrichsdenkmal die Jury bestimmt, Hofmann für die große goldene Medaille vorzuschlagen.

Wenn einer glaubt hat, daß die Verlegung der Genehmigung des Kadeten der Berliner Kommunalverwaltung gefehlt hat, dann hat er den Mannesmut dieses Herrn gewaltig überhätigt. Aus dem Rathause wird nämlich gemeldet, daß Herr Oberbürgermeister Rixdorf und Herr Stadtbaurat Hofmann darin einigten, die Wünsche des Kaisers als **Verfeh** anzusehen. Herr Hofmann soll gehalten und willens sein, den Versuch zu unternehmen, durch Umformung des Brunnens die Intentionen des Kaisers nach Möglichkeit zu treffen.

Auch die Bauüberwachungsangelegenheit hat der Kommissar der Berliner Stadtverwaltung keinen Abbruch thun können. Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat am Freitag beschlossen, den Vorläufer der strom behufs Veränderung des Parier Platzes zuzulassen.

Die Herren gehen eben unten durch!

In der Frage der Dänen für Reichstagsabgeordnete ist nach dem B. T. eine Uebereinstimmung der Ansichten bei den verbündeten Regierungen bis jetzt nicht erzielt worden. Auch im preussischen Ministerium gehen die Meinungen, wie in unternichteten Kreisen verlautet, zur Zeit noch auseinander. Die Ansichten des vom Reichstag angenommenen Antrages erscheinen unter diesen Umständen einigermaßen unklar.

Dem Weltmarktsaal Waldersee ist die Spritgatt nach China nicht gut bekommen. Er liegt krank in Stuttgart. Am Schienbein ist ein Blutgeschwür entstanden, das nach Auslage eines Professors in Kiel durch den Aufenthalt in China entstanden sein soll. Aus diesem Anlaß blieb auch Graf Waldersee den Männern fern, da er von heftigen Schmerzen heimgesucht wird. Dieser Zustand wirkt auch auf das Allgemeinbefinden des Grafen, welches sich auch dadurch bemerkbar macht, daß seit mehreren Tagen eine starke Appetitlosigkeit eingetreten ist.

Hans v. Scheel, der Direktor des Statistischen Amtes, ist am Sonntage in Berlin gestorben.

Hans v. Scheel hat zehn Jahre lang an der Spitze des Statistischen Amtes gestanden und hat sich in dieser Stellung bedeutende Verdienste erworben. Er hat seinen wichtigen und einflussreichen Platz in ebensolcher Weise ausgefüllt und seine Wissenschaft nicht nur Dienern von Interesse erwidert. Auch sein letztes Buch: Die deutsche Volkswirtschaft am Schluß des 19. Jahrhunderts, ist — obgleich es von anderen als eine statistische Monographische Schrift für die Notwendigkeit gedacht war — nichts anderes geworden, als eine tüchtige und einwandfreie objektive Darstellung volkswirtschaftlicher Thatfachen. Scheel war seit 1877 im Statistischen Amte thätig. Zuvor war er Professor der Staatswissenschaften in Bern. Er ist 62 Jahre alt geworden.

Die hiesigen deutschen Chinarbeiter haben ihr Gastspiel in Wien beendet. Sie sind gestern abgereist.

Ausland.

Oesterreich. Die Anarchisten haben geht weiter. In Meran (Südtirol) verhaftete die Polizei den aus Oesterreich wegen anarchistischer Untreue ausgewiesenen Anarchisten Schulmader und Kellner Karl Arguczer aus Wien (?), derselbe war reichlich mit Geldmitteln versehen.

Franzreich. Eduard VII. unter dem Schutze der französischen Genjue. Der französische Minister des Innern verhängte die Konfiszierung sämtlicher Nummern des Pariser Blattes „Butterfelder“ wegen beleidigender Artikel und Zeichnungen gegen England und König Eduard VII.

England. Vor Hunger gestorben sind im Jahre 1900 in London 53 Personen. Der parlamentarische Bericht, dem diese Zahl entnommen ist, bezieht auf den letzten der Jahresbejaher und Geschworenen in den verschiedenen Distrikten der Metropole. Allerdings stand den Darbenden und Obdachlosen das Arbeitshaus offen, aber es scheint, daß sie es vorzogen, lieber in den Tod zu gehen, als sich der Behandlung von Seiten der Armenbehörden zu unterwerfen.

Amerika. Der Konflikt zwischen Kolumbien und Venezuela scheint trotz der kürzlich gemeldeten Dementis des Präsidenten Castro zu ersten Anzeichen zwischen den Staaten fortzuwachen. Einer Dementis aus Wilkesbar (Caracas) zufolge ist dort die Meldung eingetroffen, daß in dem Gesicht auf der Kolonial Guoira 300 Venezolaner mit 4 Geiseln gefangen genommen, 600 getötet oder verwundet worden seien bzw. vermisst wurden; unter den Verwundeten solle sich ein Bruder des Präsidenten Castro befinden.

Wien. Hungersnot in Indien. In Indien herrscht fast immer Hungersnot, d. h., es giebt in diesem großen Lande, dem glänzenden Juwel des britischen Reiches, immer Willkuren Menschen, die nicht genug Nahrungsmittel haben. Die Hungersnot wird aber erst vollkommen und findet in England erst dann einige Beachtung, wenn Tausende und Abertausende direkt am Hunger zu Grunde gehen. Ein solches Hungersnot ist jetzt wieder infolge der schlechten Ernte eingetreten. Es ist nicht der eigentliche Mangel an Produkten, durch welchen diese permanente Hungersnot hervorgerufen wird; Indien erzeugt genug, um seine Bevölkerung ernähren zu können. Da aber die meisten Erzeugnisse des Landes ausgeführt werden müssen, um die drückenden Steuern in England bezahlen zu können, entsteht bei der geringsten Misere sofort Hungersnot. Zur Zeit ist die Zahl derjenigen Personen, welche „Hunger-Unterstützung“ erhalten, auf 400 000 angestiegen.

Lokales und Provinzielles.

Callé, 30. September.

Ein Geschießtrich.

Die sogenannte Kompetenzkommission, welche bekanntlich die Frage zu prüfen hatte, ob die Stadtverwaltung berechtigt sei, an der Deutschen Reichstag eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu richten, hat am Freitag ihre letzte Sitzung gehabt und ist zu dem Beschlusse gekommen, „daß das wissenschaftliche Leben unserer Industriestadt Halle von dem Zolltarif nicht beeinträchtigt wird“. Die Kommission bestand aus 4 Mitgliedern des Magistrats und 5 des Kollegiums. Der Beschlus, daß die Kommission dem Plenum die Abwendung einer Petition nicht empfiehlt, wurde gefasst mit 5 gegen

3 Stimmen. Ein Kommissionsmitglied, und zwar unser Gewisse Herr Dr. Schöler, hat sich auf dem Rückwege von Berlin; hätte er geahnt, daß in der Sitzung am Freitag die endgültige Abstimmung vorgenommen wurde, wäre sicherlich bereitwillig, obwohl auch seine Stimme den Ausschlag nicht gegeben hätte. Die Bemerkung der Saalzeitung, er hätte in Wieweil nicht nur für das Heil der Halle, sondern der gesamten Menschheit wirken müssen, war deshalb sehr deplaziert. Der Mehrheitsbeschlus von 5 gegen 3 Stimmen konnte nur so zu Stande kommen, daß ein Mitglied des Kollegiums, und zwar war es der Rechtsanwalt Grimm, einstimmig konventioneller Reichstagskandidat für den Saalkreis, sich auf die Seite des petitionsgegnerischen Magistrats stellte, so daß 5 Kommissionsmitglieder sich gegen die Abwendung einer Petition erklärten und 3 dafür. Unser Magistrat hat also vorläufig erreicht, was er gewollt. Aber nur vorläufig. Denn hoffentlich bestet das Kollegium noch so viel Selbstinteresse, das es den staatsfähigen Beschlus der Kommission einfach über den Haufen wirft. Wärgert sich dann der Magistrat, an der Abwendung einer Petition mitzuwirken — und das wird er thun — dann muß das Kollegium selbständig vorgehen.

Und nun muß die Frage aufgeworfen werden: War das der Zweck der ganzen Kompetenzkommission, daß der Magistrat sich nach wie vor gegen die Petitionierung erklärt? Wenn ja, dann kann die Mitwirkung des Magistrats nur darauf berechnet gewesen sein, zunächst die Angelegenheit bis nach der Denkmaleinweihung zu verchieben und dann trotz aller Armenentstehungen und Handelskammergutachten auf seinem einmal eingenommenen Standpunkt zu beharren. Dieses Vorkäuferschutzstück verdient die härteste Verurteilung.

Der Sitzung am Freitag lag ein zweites Gutachten der hiesigen Handelskammer vor. Wir haben das erste zum Ausdruck gebracht und können uns deshalb auf den Abruch des folgenden Passus aus dem am Freitag vorliegenden Schriftstück beschränken:

Das es nicht etwa zu einem Streik auf wirtschaftlichem Gebiet kommt, daran haben die hiesigen Behörden in der Sorge für das Wohl der eingewinkelten Arbeiter nach unserer Meinung ein mehrfaches Interesse aus dem Grunde, weil die Arbeiterbevölkerung weit mehr als der begüterte Bürger unter einer Verteuerung zu leiden würde, einmal, weil dem Arbeiter die Arbeitslosigkeit und also der Verdienst durch Mangel an Arbeit entzogen sein, sodann aber, weil er sich dem Konsum der verteuerten Konsumgüter, Brot und Fleisch, anheimen sind, was im Unvermögen, auf einem Eingreifen der Behörden aus städtischen Mitteln führen müßte.

Nachdem der Zolltarifentwurf kürzlich erschienen ist, läßt sich nicht nur Brot und Fleisch, sondern auch alle notwendigen einleitende Verteuerung berechnen. Alle Verteuerungen von anderer Seite, die dahin gehen, daß eine Verteuerung nicht eintreten oder doch nur nach Willkür für den Arbeiter und Familiennotverhältnisse, sind von **Unheil und tragen den Stempel der Unwahrscheinlichkeit**.

Die Lebensmittelverwertung, zu welchen Zeitperioden sie aus eingetreten sein können, haben erwieben, daß sie vom Getreide bis zum Mehl und von diesem bis zum Brot nicht etwa sich ermäßigen oder gar vermindern, sondern vielmehr, daß sie von Station zu Station zunehmen.

Das ist eine Erscheinung, die auf dem überall vorhandenen Konkurrenzprinzip beruht und durch kein Mittel aus der Welt geändert werden kann. Jeder noch so kleine Vorteil bei der Manipulation bis zum fertigen Geback ist aber potenziertem Maße für den Konsumenten: zwar eine bekannte Wahrheit, aber doch vielleicht geeignet, auch bei diesem Anlaß wieder gehört zu werden.

Das Handelskammergutachten gesteht der Stadtverwaltung unbedingt das Recht an Petitionierung zu und ihre Gründe sind so durchschlagend, daß sie auch vom Magistrat nicht widerlegt werden können.

Zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangt die hiesige Handelskammer, die vom Magistrat das Recht bettelt, auch ein Gutachten einreichen zu dürfen. Wie dieses ausfallen würde, darüber brauche man sich nach der schon öfterlichen Stellungnahme ihres Sekretärs in der bekannten Protokollversammlung des Handelskammervereins in der Kaiserlichen keinen Zweifeln zu überlassen. Jetzt, nachdem es vorliegt, muß gesagt werden, daß es völlig ungenügend und nicht einmal für die schwächlichen Wünsche zu gebrauchen ist. Die statistischen Nachweise sind ungenügend und leiden an bedenklicher Unklarheit. Die Zahl der befragten Handwerker ist ebenfalls eine zu geringe, um auf sie gestützt, rednerisches Material zu liefern, kurz, die Handelskammer hätte sich die Arbeit sparen können. Ihre Zeitungen stehen mit ihrer Aufdringlichkeit in keinem Verhältnis. Doch wollen wir aus ihrem Gutachten folgendes herausziehen. Die Handelskammer stellt folgende Fragen:

1. Welchen Einfluß hat der Getreidezoll auf die Getreidepreise?
2. Welchen Einfluß hat derselbe alsdann auf die Mehl- und Brotpreise?
3. Welchen Einfluß würde eine Erhöhung der Brotpreise auf die Verhältnisse der Halleischen Handwerker haben?

Sie beantwortet sie, indem sie die Möglichkeit folgender Dinge ins Auge faßt:

Es könnte 1. eine Verchiebung des Konsums dahin eintreten, daß die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung kaufkräftiger und die industrielle weniger kaufkräftig würde.

Ob eine solche Verchiebung eintreten und von welchem Einfluß dieselbe auf die Abgabeverhältnisse der Halleischen Handwerker sein würde, ist statistisch zu beantworten uns nicht möglich.

Nur das eine steht fest, daß, wenn die Getreideerhöhung wirklich eine Erhöhung der Brotpreise nach sich ziehen würde, dies 2. in gewisser Umfange auch die Verteuerung der Lebenshaltung besonders der Handwerkerfamilien zur Folge haben würde.

Sollte diese Verteuerung besonders für letztere übermäßig fühlbar werden, so müßte nachgegeben werden, daß fest Abblüh der Handelskammer, d. h. Verabreichung der Getreidezölle die Löhne vermindern, welche nicht mehr genügen, um als die Preise der von den Wesseln insgesamt verbrauchten Verbrauchsstücke.

Wir geben dementsprechend eine Zusammenstellung der Vorkommnisse der Handwerkerfamilien in Halle seit 1892. Es liegen nach den uns gegebenen Aufstellungen die Löhne im Gewerbe:

| | |
|---|--|
| Händler von 15—16 1/2 Mtl. | wöchentlich auf 20—21 Mtl. |
| Buchbinder um 20 Gros. | |
| Meischer um 33 Gros. | |
| Klempner von 0,32 Mtl. | auf 0,40 Mtl. für die Stunde |
| Berufsmaschinen- und Pfeifenreue von 70—75 Mtl. | monatlich auf 80—90 Mtl. |
| Sattler von 14 Mtl. | wöchentlich auf 18 Mtl. |
| Schleher von 0,30 Mtl. | auf 0,40 Mtl. für die Stunde. |
| Schleier- und Ziegelerbeiter von 0,35 Mtl. | auf 0,48 Mtl. für die Stunde. |
| Schneide von 13—18 Mtl. | auf 18—25 Mtl. wöchentlich. |
| Schneider von 10—15 Gros. | |
| Schornsteinleger von 5—7 Mtl. | auf 8—12 Mtl. wöchentlich (bei freier Wohnung und Kohl). |
| Schuhmacher von 15—16 Mtl. | auf 18—20 Mtl. wöchentlich. |

Steinleger von 0,40 Mtl. auf 0,52 Mtl. für die Stunde. Stellmacher von 12—15 Gros. Tapezierer von 18 auf 24 Mtl. wöchentlich.

Es wäre nunmehr zu unteruchen, ob die berechtigte Gesamtenhaltung ebenfalls genau im gleichen Prosenthöhe geliegen sei und wenn dieses nicht der Fall, ob der auf den Wesseln entfallende Betrag einer etwaigen Brotvermehrung in Bezug auf die Grenzen dieser Verteuerung hinaus gehen würde oder nicht. Würde letzteres der Fall sein, so würde die Lebenshaltung der Wesseln nicht beeinträchtigt werden. Da eine statistische Untersuchung in obigem Sinne über unsere Kreise geht, geben wir dem Magistrat anheim, auf Grund unserer Angaben über die Vorkommnisse eine solche für alle Verbrauchsarten anzustellen.

Wir wollen uns bezüglich der Vorkommnisse auf die Bemerkung beschränken, daß dieselbe durchaus nicht regelmäßig der Veränderung der notwendigen Lebenshaltung entspricht.

Nur die Konjunktur günstig und die Streikkasse gefüllt, so erlangen die Wesseln in der Regel eine Verbesserung, gleichgültig, ob das Leben billig oder teuer ist. Nach Schätzung der beteiligten Handwerkskreise sind zur Zeit die Löhne im allgemeinen ein beträchtliches über die notwendige Lebenshaltung geliegen.

Nach alledem scheinen uns keine Gründe für die Annahme zu bestehen, daß 1. in der Regel eine Getreideerhöhung eine entsprechende Verteuerung nach sich ziehen würde, daß 2. eine Brotvermehrung die Lebenshaltung der Wesseln bei den bestehenden Löhnen ungebührlich verteuern würde, daß 3. eine Verteuerung der Lebenshaltung der Wesseln einen entsprechenden Ausdruck in den Löhnen finden würde.

Demnach läßt sich auch als dritte Wirkung der Getreideerhöhung ein Schluß auf eine geänderte Lebenshaltung des selbständigen Handwerkers und Veränderung seiner Geschäftsunkosten infolge einer durch die Getreideerhöhung herbeigeführten Lohnsteigerung nicht ziehen.

Wir kommen daher zu dem Schluß, daß durch die uns zur Verfügung stehenden Unterlagen der Beweis nicht erbracht werden kann, daß eine Getreideerhöhung vitale Interessen der Handwerker in Halle verletzen wird.

Das Gutachten ist mehr wie naiv. Von den wichtigsten Argumenten wird sogar zugegeben, daß die Erhöhung der Getreidezölle höhere Preise der Nahrungsmittel zur Folge hat, und selbst der wissenschaftliche Kronzeuge der Wesseln, der Professor der Nationalökonomie Adolf Wagner, hat in seinem, in einer agrarischen Versammlung gehaltenen Vortrag ausdrücklich hervor, daß der Rollenwurf die industriellen Handwerker schädigt. Das alles sind dem Verfasser des Handelskammer-Gutachtens böhmische Dörfer, mit einer wahren Stolzgefährtigkeit schwang er sich von einem „Grund“ zum andern und schließlich hat er „keine Gründe“ zu entdecken vermocht, die ihn davon abhalten, die Zölle die Lebensmittel der Handwerker zu verteuern. Wenn sich die letzteren eine solche Beweisführung gefallen lassen, dann können sie sich die Kosten für ihre Handwerkskammer sparen. Sie brauchen sich nur an die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen zu wenden, die besorgt ein ähnliches Gutachten viel gründlicher und viel besser.

Schließlich nur einige Worte über den Beschlus der Kompetenzkommission. Sie hat nach hebenmündlicher Arbeit glücklich herausgebracht, daß unsere Stadt keine Veranlassung habe, im Interesse ihrer Bevölkerung gegen den neuen Zolltarif zu protestieren. Die schädliche Gesellschaft im allgemeinen, die Entlassung von Hunderten von Arbeitern in den hiesigen Maschinenfabriken, die Anschwellung des Armenstandes, die massenhaften Gesuche um Befreiung der Steuern, alles das hat die Kommission nicht davon überzeugen können, daß unserer Bevölkerung durch den Zolltarif Schaden erwächst. Sie giebt der Stadtverwaltung kein Recht zu, dagegen Front zu machen und energisch für die bedrohten Interessen ihrer Einwohner einzutreten. Das ist mehr wie Selbstmühen, das ist die bewusste Vernichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Oder ist die Stadtverwaltung nur dazu da, um Denkmäler einzuweihen und bei dem Gänge neuer Regimenter einen Schiffsmann in Dienst von 4000 Mtl. zu indizieren? Der Beschlus der Kommission ist ein Kaufschilling ins Gesicht der Halleischen Arbeiterbevölkerung, ein Kaufschilling, der angeht, der schon jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit und des dadurch herbeigeführten Elends um so härter emhunden wird. Wir erhoffen von unserem Kollegium nicht viel, aber das zum wenigsten, daß es der Kommission nicht folgt, sondern die Kompetenzfrage einfach bejaht und ohne viel Federlesens eine gehäufte Petition an den Reichstag sendet. Thut es das nicht, dann muß die Weisheit mit demselben Maße wie die Kompetenzkommission und der Magistrat gemessen werden.

Das amtliche Resultat der Gewerbegerichts Wahl.

Ist jetzt vom Vorstehenden des Gewerbegerichts, Herrn Stadtrat Winter, veröffentlicht worden. Darnach sind abgegeben worden für die Arbeitgeber gültige Stimmen 535, für die Arbeitnehmer 2940. Die bürgerliche Arbeitgeberliste wies für die einzelnen Kandidaten fast durchgängig 388 Stimmen auf, während sämtliche Kandidaten außer einer Arbeitgeberliste je 148 Stimmen erhielten. Größere Zifferunterstützung weist die Arbeitnehmerliste auf. So erhielten nur die Genossen Bildhauer Hoppe und Zimmerer Maurer 2940 Stimmen, je 2939 erhielten auf die Genossen Hauwer Deege, Mart Heller Emmer, Reifschmid Ferdinand, Zimmerer Marx, Korrektor Krüger, Schuhmacher Walz und Schloffer Marx. Die Genossen Müller Vieler und Tischler Döring erhielten 2938 und 2937 Stimmen, der Genosse Regenfocke 2935 Stimmen. Einen größeren Abstand weist die Stimmenzahl des Genossen Wittner auf, dessen Name, wie schon kürzlich bemerkt, von den Verbandsbuchdruckern einige Dutzend Male gestrichen war. Er hat 2901 Stimmen erhalten. Noch größer ist der Abstand bei den nachfolgenden Genossen. Bohrer Hammer, Buchbinder Saunede, Maurer Eisert und Tischler Schiabel erhielten 2665, Fabrikarbeiter Meusch und Schreibeier Ratz 2664 Stimmen. Die vorstehend Genannten sind als gewählt zu betrachten, die vier letzten auf eine zweijährige Wahlperiode. Außerdem entfielen Stimmen auf die Gen. Schreibeier Ariele 284, Steinleger Gräß 277, Lötzer Görlig, Stultauer Hemer, Richter Nobling und Schuhmacher Stein je 274 Stimmen.

* Genosse Brandt, der Kommandeur unserer Expedition, wurde am Freitag, nachts 11 Uhr, in der Reichsburgerstraße von dem Arbeiter Hoffmann, wohnhaft Gde hatten- und Wertheburgerstraße, überfallen und bewußtlos. Er war Brandt zu Hause und trat ihn mit Füßen. Darauf lief er schlammig zu Hause und über das Wohl der That keine Ahnung, zumal er den Hoffmann nicht einmal persönlich kennt. Erst durch einen dritten Kunde er die Personalien Hoffmanns feststellen lassen.

* Kollisionsbrand. Gollern am Abend in der siebenten Stunde wurde die Feuerweh nach dem Grundriss Schönlager 22 gerufen, wo die Kohlen, jedenfalls hiesige Selbstentzündung, in Feuer ausgebrochen waren. Nach 1/2 Stunden war die Kohle brennend.

* Kollisionskatastrophe. „Lühing der Springen“. Sittliches Wettspiel mit Tanz und Kollisionsspielen in 8 Aufzügen und

einem Vorbild von C. Langé. — Die Bezeichnung „Hoffisches“ Volkstheater ist wohl recht unglücklich gewählt. Obgleich man nach dem Ansehen des Stüdes frei nach Volonius in Schalkensens Samlet (oben) zitiert, so ist doch die Bezeichnung „Hoffisches“ Volkstheater nicht ganz glücklich. Denn obgleich der Name nach dem Titel auf historische Exakte nicht den geringsten Anspruch machen. Nicht einmal in Augenschein. Der soll man glauben, daß die noch jetzt bei den Galloren übliche Tracht, die gürteligen Falles am Ende des achtzehnten Jahrhunderts stammen kann, schon im Jahre 1074 Mode war? Auch die Ritter des 11. Jahrhunderts trugen sich etwas anders als die Soldaten des vierzehnten Jahrhunderts. Von einer eigentlichen Handlung ist so gut wie gar nicht die Rede. Einige Volkstänze wechseln ab mit sehr langen Dialogen, Selbstgesprächen und Gesängen, in denen die Liebe, die Natur, die Götter und wie weiß, was sonst noch angeht, in einer Weise, wie es bei den von einer berühmten Romanistin angeführten Menschen im Jahre, nicht aber bei den unwürdigen, deren Sünden des 11. Jahrhunderts möglich ist.

Den Spielern muß man das Lob zusprechen, daß Sie mit Eifer und gutem Willen ihren Vollen gereicht zu werden wüßten. Eine recht gute Leistung, war die Hagemer in Folge der Freileitung Lené. — Die Mütter aber sehr bezeichnen, ob der Gedanke, mit einem derartigen Repertoire eine Rundreise durch ganz Deutschland anzutreten, ein glücklicher ist. Denn mit den Schilleren, den Legern oder Offizieren können die Galloren nicht konkurrieren. Der Plan, dem Beispiele dieser Volkstheater zu folgen, ist uninteressant, nach nur ein neuer Beweis für die Bedeutung des deutschen Volkstheaters, wie die S. auch in den nächsten Wochenungen der „Leberbraten“ in Erscheinung tritt. — Leberbraten hoch und die Hauptreihe, die ja fast diejenigen des Stadttheaters übertreffen. Kein Wunder, wenn der Saal der Halls-Halle am Sonntagabend eine voll erhellende Szene aufwies.

Arbeiter-Sekretariat Halle a. S., Geißeustraße 21.
erster Hof 1. Wochenerträge. Vom 16. bis 21. September haben das Sekretariat 157 Personen in Anspruch genommen. Von den vorgebrachten Anträgen betreffen: Unfälle, Krankenversicherung je 16, Arbeitsdifferenzen 15, Unzulässigkeitsverfahren, Mietschreitigkeiten je 14, Steuerdifferenzen 6, Ehehindernisse, Fortbildung, Vermögensverwaltung je 5, Alimentation, Strafbefehl, Schadenersatz, Verleumdungen, Gewerbegerichtsverfahren je 4, Verleumdungen, Bürgerbeiträge je 3, Erbschaft, Abgangsversicherung, Strafbefehl, Wanderbewerbsstellen je 2, Abwanderung, Erlangung der Konfession, Dienstreue, Rechtsanwaltschaften, Gerichtslohn, Zahlungsbeholdung, Abrechnung, Unruhe, Vormundschaftsangelegenheiten, Stadterwerb, Naturalisation, Strafverfahren, Austritt aus der Kirche, Gewerbeversicherung je 1, Erbschaft wurden durch mündliche Aufträge 117, auf schriftlichem Wege 40. Nach Stand oder Beruf geordnet, verteilen sich die Parteien wie folgt: Arbeiter 121, Ehefrauen 14, Witwen, selbständige Gewerbetreibende je 6, Diensthofen 5, Arbeiterinnen 4, Lehrlinge 1. Von den Arbeitern waren organisiert 70, die sich auf die einzelnen Verbände folgendermaßen verteilen: Metallarbeiter 15, Bauarbeiter 5, Maurer 7, Holzarbeiter 6, Fabrikarbeiter, Handels- und Transportarbeiter je 5, Bergarbeiter 4, Schulumacher 3, Steinsetzer 2, Glaser, Buchbinder, Müller, Böttcher, Maschinisten und Geizer, Schneider, Schmiede, Handwerksmeister, Buchdrucker, Zimmerer, Wäbender, Tabakarbeiter, Lederarbeiter, Bäcker, Brauer je 1. Ihren Wohnort hatten in Halle 112, Leinweber, Wäbender, Möbelfabrikanten je 2, Schaffhäuser, Dirrenberg, Alexander'schewitz, Benndorf, Drenthausen, Lehdorf, Dölan, Semewitz, Naumburg, Al. Wöhlau, Möbelfabrik, Golme, Kettin, Wenig, Ritterfeld, Mühlberg, Weizenfeld, Dellen, Gr. Zornitz, Deumans, Rehmshardt, Seeben, Wittenberg, Nöden, Grieben, Jüdenberg, Köhnig, Naumburg, Weiden, Demitz, Merseburg, Petersberg, Friedrichshagen, Brauner, Schulze, Wierensdorf, Wöhlau, Biehlitz je 1 der Parteien.

Nordhausen. Zum Ausbruch der Tabakarbeiter. Das hiesige Gewerkschaftsamt hat verübt, mit den Fabrikanten, die den Schiedsgericht bisher nicht anerkannt, Verbindungen aufzunehmen, die die Einigungsbereitschaft in die Wege zu leiten. Die Antwort der Fabrikanten ist für nächsten Dienstag zugelegt. Inzwischen führen die Ausführenden den Kampf in der bisherigen Weise fort. Vorabend ist noch keiner von ihnen geworden. Sie erwarten, daß an ihrem unerwarteten, außerordentlichen Kampfesmut der hartnäckige Widerstand der Fabrikanten endlich brechen wird, und daß ihnen Zugeständnisse gemacht werden, auf deren Grundlage ein erledigter Friede geschlossen werden kann. Möge sich diese Hoffnung erfüllen. So lange aber der Kampf noch geführt werden muß, ist es Pflicht aller Arbeiter, demselben zu unterstützen, durch strenge Beachtung der Milie, welche von den Ausführenden herausgegeben worden ist. Die Zurückweisung der Fabrikate dieser Firmen ist eines der wirksamsten Mittel, um den Fabrikanten zu schaden.

Salzungen. Zur Kennzeichnung der Arbeitswilligen. Als im Mai d. S. auf der Grube „Arbeitswilligen“ ein Streik ausbrach, legte auch der Bergmann Jordan die Arbeit nieder, lehnte aber bald darauf als Streikbrecher zurück. Als ihm der Oberleiter fragte, weshalb er denn die Arbeit niedergelegt habe, antwortete Jordan im Gegenwart eines Genossen, das sei nur deshalb geschehen, weil ihm drei Kameraden, die er mit Namen bezeichnete, mit Schlägen bedroht hätten. Der Oberleiter verlangte auch ausdrücklich, daß die von ihm bezeichneten drei Bergleute bestraft würden. Allerdings wurden diese denn auch

angefragt. Der Bericht stellte sich aber heraus, daß die Behauptungen Jordans von A bis Z erlogen waren und er wurde deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Nicht immer sind die Angaben der für den Staat so nützlichen Elemente so plump erunden, wie in diesem Falle, und oft mühen freireisende Arbeiter wegen an sich geringfügiger Ausforderungen, die aber von Arbeitswilligen stark übertrieben wurden, ins Gefängnis zu wandern.

Soziales.

Wie Dividenden fabriziert werden. Die Staatsanwaltschaft in Kassel ist der Rhein-Weiß. Rtg. zufolge in den Besitz der Kopie eines Briefes gelangt, dessen Inhalt für das Aufsichtsratsmitglied Schulze-Dellwig von der vertriebenen Treberbetriebs-Gesellschaft verhängnisvoll werden kann. Verfasser des Briefes ist Direktor Schmidt. Er teilt dem mit, daß er nach Prüfung der Bücher d. der Treberbetriebs-Gesellschaft zu dem Resultat gekommen sei, daß die Gesellschaft nicht in der Lage sei, auch nur 1 Prozent Dividende zu geben. Auf diesen Brief soll Schulze-Dellwig geantwortet haben, Schmidt müsse unter allen Umständen die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent herausbringen, er, Schulze-Dellwig, habe seinen Freunden eine Dividende in dieser Höhe versprochen.

Wieder einer. Aus Kasselburg wird gemeldet: Der Bankier S. K., der vorgestern seine Zahlungen eingestellt hat, verübte Selbstmord; seine Leiche wurde im Rhein gefunden.

Folizielles und Gerichtliches.

Wegen Verleumdung des Kultusministers Stadt wurde Genosin Rosa Kur emburg von Langgericht Volen zu einer 3 Monatsstrafe von 100 Mark verurteilt. Die Verleumdung soll in einer Broschüre, welche die Verordnung über die Regelung des Religionsunterrichts betraf, erfolgt sein. Wegen Verbreitung dieser Broschüre erhielt Arbeitersekretär Kaspraf eine Geldstrafe von 30 Mark.

Nicht weniger als drei Verhandlungen brachten am Donnerstag Genossen Redakteur W. von B. vor die Strafkammer in Darmstadt. In zwei Fällen handelte es sich um Verleumdung der Polizei. Ein Fall wurde vertagt, in dem anderen soll das Urteil am 1. Oktober verkündet werden. — Am dritten Falle handelte es sich um Vergewaltigungsmisstände. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Monate Gefängnis. — Genosse W. verurteilt ist jetzt eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe.

Das nackte Weib mit dem Schenkeinschweif, das in der letzten Nummer des Wahren Jakob den Kotau vor Vätern der vollste, hat die Gefühle eines Schumannes in Stettin verlegt. Er ließ sich zwar nicht darüber aus, ob seine fittlichen, politischen, künstlerischen oder naturwissenschaftlichen Anschauungen trübt seien, aber das hat er auch nicht nötig, es genügt, daß überhaupt etwas bei ihm trübt ist. Er verlangte also die Entfernung des Bildes aus dem Schaufenster einer Geschäftigkeit, und als ihm nicht gleich willfährig wurde, konfiszierte er es kurzer Hand.

Parteinachrichten.

Ihr Mandat niedergelegt haben drei sozialdemokratische Stadtverordnete in Spandau infolge Differenzen innerhalb der Partei: Der Streit war dadurch entstanden, daß der Parteivorstand beschloß hatte, einer von jenen Stadtverordneten, dessen Wahlzeit am 1. Januar 1902 abläuft, hierfür nicht wieder als Kandidat der Partei aufzutreten, weil er bei dem Kauf einer Wahlmutter von der Bäckerdorfer Brauerei lediglich ein eigenes Interesse, aber nicht das der Partei wahrgenommen habe.

Anhaltige Stadtverordnetenwahl in Berlin. Am 9. März war der Expedient des Vorstands, Genosse P. d. d. e. in der Wahlmutter mit 1500 Stimmen und mit 12 Stimmen über die absolute Majorität zum Stadtverordneten gewählt worden. Diese Wahl wurde angefochten, weil die Eingänge zum Wahllokal nach dem Schluß der Wahl um 8 Uhr abends geöffnet gewesen, viele Personen noch „eingedrungen“ seien und an Unrecht gewahrt hätten. Im Gegenzug zur Stadtverordnetenwahl erklärte der Bezirksrat, weil er bei dem unglücklichen Das Oberverwaltungsgericht trat dieser Entscheidung bei.

Gewerkschaftliches.

Der Tarifausfluß des deutschen Buchdruckergewerbes hat unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt. Da es in den Kreisen des Heiligen Betreibern hervorgerufen hatte, daß der dreimal wöchentlich erscheinende Correspondent über die Verhandlungen des Ausschusses nicht das geringste veröffentlicht hat, bringt die letzte Nummer des Correspondenten folgende Erklärung: „Ueber die Tarif-Verhandlungen sind wir nicht in der Lage, irgend welche Angaben zu machen, da der Tarif-Ausschuß sich dahin schlichtig machte, keinerlei Mitteilung der Verhandlungen der Beratungen in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.“ Am Sonntagabend nachmittags hat der Tarif-Ausschuß seine Be-

ratungen beendet. Die Öffentlichkeit des neuen Tarifes ist wieder auf fünf Jahre festgelegt.

Die Holzarbeiterzeitung bringt in ihrer letzten Nummer eine Erklärung des Genossen Böse, worin er sein abbrechen des Urteils über den Genossenschaftsstreik der Holzarbeiter ausdrücklich lehnt. Die Erklärung bringt aber nur Punkte, die schon vor Ausbruch des Streites auch den Holzarbeitern bekannt waren. Nicht eingegangen wird aber auf folgende Punkte: Warum er nicht, bevor er an die Öffentlichkeit schickte, sich an den Vorstand der Holzarbeiter-Organisation gewandt, warum er nicht vor Proklamierung des Generalstreiks seine Absichten geäußert? Von vielen Seiten auch von einer ganzen Anzahl Holzarbeiter ist Genossen Böse der Vorwurf gemacht worden, durch sein Verhalten die Position der Unternehmer getrübt und die der freireisenden Holzarbeiter geschädigt zu haben.

Ausland.

Belgien. Bergarbeiterstreik. Die provinciale Vertretung der Bergarbeiter von Lüttich beschloß am Freitag den allgemeinen Ausbruch. Die Vertretung zählt 10500 Mitglieder. Der Ausbruch soll am Montag beginnen.

England. Zum Föderation in Grimby meldet Wolke's Bureau: Die von den Fischereiernternehmern den mit ihnen im Streit liegenden Fischern gestellten Bedingungen sind von den Fischern mit 1346 gegen drei Stimmen zurückgewiesen worden.

Gerichtssaal.

Die heutige Schwurgerichtssitzung, in der ein Weinsüßbrotbrechen zur Beurteilung kommen sollte, fiel aus, weil einige Zeugen verhindert waren, an der Verhandlung teilzunehmen.

Strafakten.

Freigegeben von der Anklage des Stillschließens wurde der 35jährige Arbeiter Albert M. von Nienburg. Derselbe war beschuldigt, an einem 11jährigen Mädchen in Mülhausen am 2. Juni unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Er haben wiederholt, zuletzt in der am vergangenen Mittwoch erschienenen Nummer des Volksblattes über die Sache berichtet und teilten mit, daß Wolke's Vergewaltigung auch in anderer sittlicher Beziehung nicht als einwandfrei zu bezeichnen ist. Die Verhandlung entzog sich wegen Stillschließens der Öffentlichkeit und nahm eine geraume Zeit in Anspruch. In der Sache der Stillschließens wurde die Öffentlichkeit verweigert ausserordentlich Urteilsverteilung hier u. a. Es ist sehr zu wünschen, daß der Angeklagte sich um das Kind gekümmert und dasselbe angefaßt habe, das keine Mädchen ist auch als glaubwürdig erschienen, das vorliegende Beweismaterial habe aber nicht genügt, um zu einer Schuldigprechung des Angeklagten gelangen zu können.

Ein Ausflug in der Nacht zum Himmelstempel hatte für den Handelsmann Albert M. von Nienburg, Hermann Lohse und den Restaurateur Karl Schmidt ein gerichtliches Nachspiel. Ersterer war vom hiesigen Schöffengericht zu 5, Lohse zu 2 Monaten und Schmidt zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wegen die 3 Angeklagten Vertretung eingelagert hatten. Die Angeklagten hatten sich in fragwürdiger Nacht im Kirchhofischen Lokal auf der Hauptstraße lustig gemacht, wobei M. sich unanständig benommen und den bedienenden Kellnern gegenüber in Beziehung auf die Familie Kurzhals beleidigende Redensarten gebraucht hatte. M. erklärte, es sei das Gericht vertrieben, der verlorbene Restaurateur Kurzhals habe früher einmal jemand in die Saale geschleudert und da habe er, so behauptet die Anklage, den Frau Kurzhals durch einen Kellner fassen lassen, sie möchte einmal nachsehen, auf der Saale schwimme eine Leiche. Das Schöffengericht erließte darin eine Verurteilung eines Verstorbenen; das Landgericht nahm aber an, daß durch diese Redensart nur die Frau Kurzhals beleidigt worden ist. Als M. aufgeföhrt wurde, das Lokal zu verlassen, verließ er mit Vorliebe und entgegnete dem ihn zur Ruhe ermahnenden Kellner: „Mein Schritt weiter, oder ich schlage Ihnen den Bauch auf!“ Schließend kam es zu einer Prügelei, bei der von den Angeklagten M. und Lohse ein Kellner der Frau Kurzhals verwunden wurde. Bezüglich des Angeklagten Schmidt ergab die heutige Beweisaufnahme nichts Bestimmtes, weshalb dessen Freisprechung und die Verurteilung des Urteils 1. Instanz gestrichen. Die von M. und Lohse eingelagerten Verurteilungen wurden verworfen.

Ebenfalls verworfen wurde die Berufung des Schaffmachers Heinrich P. von L. der vom hiesigen Schöffengericht zu 10 M. Gefängnis verurteilt worden ist, weil er in der Schuldbilddung von P. einen Mitarbeiter bedroht hatte.

Wegen Mißfallens war der Arbeiter Martin Trümper von hier angeklagt. Er hatte am Abend des 12. Juni von Trotha nach Halle einen Hund mitgeführt, denselben mit in seine Wohnung genommen und ihn am anderen Tage angeblich wieder laufen gelassen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis; das Gericht kam aber zur Freisprechung, da die Absicht der rechtswidrigen Aneignung nicht nachgewiesen worden sei.

Streichende der Redaktion nur mittags von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

| | | | |
|---|--|--|--|
| <p>Gardinen</p> <p>und Stores. Hervorragende Neuheiten in englischen Full- und gestickten Spachtel-Gardinen, das Fenster von</p> <p>1 Mk. an.</p> <p>Reichhaltiges Lager in Rouleauxstoffen, Spitzen und Vorhang-Stoffen.</p> | <p>Portieren</p> <p>schwerfallende, gediegene Qualitäten in prächtigen Farbentönen und vornehmen Stillmustern</p> <p>in überaus grosser Auswahl.</p> <p>Das Paar von</p> <p>Mk. 2.50 an.</p> <p>Portierestoffe in allen Farben und Preislagen.</p> | <p>Tischdecken</p> <p>in hundertfacher Muster-Auswahl von der einfachsten bis zur feinsten Art in Fantasie, Gobelin, Plüsch, Tuch etc.</p> <p>Nur vorzügliche, bewährte Qualitäten.</p> <p>Das Stück von</p> <p>Mk. 1.50 an.</p> | <p>Teppiche</p> <p>in hervorragend grosser Auswahl. Effektvolle Still- u. Blumen-Fantasie-Muster in allen Farbentönen. Nur solide und bewährte Qualitäten.</p> <p>Tourmay-Velour, Turkistan, Mosched, Koral, Smyrna, Tapestry und Axminster. Das Stück von</p> <p>Mk. 4.50 an.</p> |
| <p>Gestickte Spachtel-Zuggardinen</p> <p>in weiss und crème, Lederköper</p> <p>das Fenster von</p> <p>Mk. 1.50 an.</p> | <p>Gestickte Spachtel-Borden</p> <p>in weiss und crème, Lederköper</p> <p>das Meter von</p> <p>25 Pf.</p> | | |

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lamm** Marktplatz 2 u. 3.



Apollo-Theater.
Jean Bayer
kommt!

Stadt-Theater Halle a. S.

Dienstag den 1. Oktober 1901
abends 7 1/2 Uhr.
18. Vorst. i. P. Ab. 16. Abonn.-Vorst.
2. Viertel.

Zannhäuser
und der Sängerkrieg auf der
Warburg.

Romant. Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Mittwoch den 2. Oktober 1901.
abends 7 1/2 Uhr.

19. Vorst. i. P. Ab. 16. Abonn.-Vorst.
3. Viertel. Farbe gelb.
Zweite Vorstellung im Sonder-Abonn.
Chafeppeare, Julius.

Viel Lärm um Nichts!

Kaufspiel in 4 Akten v. W. Chafeppeare.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Montag den 30. September

Letztes Auftreten

sämtlicher Künstler.

Die **Alexandrov-Truppe**, 8 Personen, russisches Gesangs- und Tanz-Ensemble. — Die **Pariser Welt-Ausstellung vom Jahre 1900**, elektrische Neuzeit in vier Abteilungen. Neu! Das Baumkür (La porte monumentale) Neu! Vorgeführt v. E. Rousby's **Electrolytes**. (Sensationell!) — **Sigmarina Kositta**, internationale Personalwandlerin. — **Fräulein Albertine Mehl**, dreifache Kaskadistin, Artistin. — Das **Trio Roman**, Parterre-Gymnastiker mit ihrer Sportplatz-Gruppe. — **Mlle. Viète**, Begour-Guilibristin auf dem gespannten Drahtseil. — **Mrs. Lucie**, Gymnastikerin am schwebenden Trapez. — **Fräulein Ilka Panlet**, genannt „Die lustige Schwiegermutter“, Gesangs- und Charakter-Humoristin. — **Herr Rudolf Dessau**, Original-Gesangs-Humorist. — **Herr Max Hildebrandt**, Tanz-Humorist. — **Jules Greenbaum**, Amerikanischer Violon mit neuen sensationellen lebenden Photographien. Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller**

am Kiebedplatz, 2 Min. v. Haupt-

Bahnhof entfernt.

Zum letzten Male:

Der sensationelle Spielplan!

9 Uhr:

D'Loisachthal,

oberbairisches Gesangs- und Tanz-

Ensemble.

„Der Original-Zehnplattler.“

9 1/2 Uhr:

Rapoli,

der Westküste des Jona-

les. Das weltberühmte

Nadelspiel.

10 Uhr:

Camillo Borghese,

Schönheitsgalerie lebend. Kolossal-

Gemälde und das übrige

Schlager-Programm.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Welt-Panorama.

Vom 30. September bis 6. Oktober:

Elbfahrt von Dresden bis Aufsig.

Vom 7. bis 13. Okt.: Nordseeäder.

Das Verkehrs-Lokal

und der Arbeits-Nachweis der

Sattler befindet sich im Restaurant

„Brehlers Berg“, Liebenauer-

straße.

Selbstgebackenes

Pflaumenmus

à 25 Pf. offeriert

A. Trautwein,

Gr. Ulrichstr. 31.

Ganze Nachlasse

von Möbeln,

Wirtschafts- Gegenständen, sowie

Möbel jeder Art, Laden-, Kontor-

Einrichtungen u. d. m. sonst Dies

und zählt die höchsten Preise

Friedrich Peileke

Geiststraße 25.

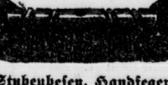
Rohfleisch

empfiehlt

Arth. Möbius, Langestraße 21.

Telephon 1156.

Für die neue Wohnung.



Kohlenkasten.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Die Firma C. F. Ritter führt nur gute Quali-
täten und garantiert bei jedem Stück für zweck-
entsprechende Haltbarkeit.
Austausch bereitwilligst gestattet.

Vanele
In großer Auswahl.



Zerbiertische.

Gardinenhängen
in allen Größen.

Handtuchhalter
zum Hängen und Stellen.



Gewürz-Setzgeräten.



Wirtschaftswagen.



Krümeltschuppen.



Kaffeemühle.



Schirmständer.



Garderobenhälter.



Tischlampe.

C. F. Ritter

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.
Jean Bayer
kommt!

Kartoffeln

zum Winterbedarf in verschiedenen
Sorten, beste Qualität, gut trockene
Ware empfiehlt frei Haus. Maxrote
Smiehellkartoffeln treffen nächst, Diens-
tag ein. Bestellungen werden schnell
ausgeführt.

Oskar Heller, Elmweg 32.

Geiststr. 18.
1. Filiale
Geiststr.
18
2. Filiale
Geiststr.
18
3. Filiale
Geiststr.
18
Leder-
Handlung u. Schafffabrik
Sohl- und Vachleder-
ausschnitt
von prima Qualitäten zu
allerbilligsten Preisen!
Mass-
Schäfte
werden prompt und sauber angefertigt.
Borstige Ausführung.

Schieferstifte,
Schieferstifter,
Federhalter,
Bleistifte,
Zirkelkästen
empfiehlt billigt
Bolksbuchhandlung
Mannischestraße 3.

Raubutter, 10 Pfund-Rolle Mk. 6.50.
H. Spitzer, Probuzna 98, via Breslau.

Langs Golländer mit dem roten
Bande, großartig 5 Pfennig-Cigarette.
Franz Pennemann, Gr. Ulrichstr. 60,
vis-à-vis vom „Neuen Theater“.

ff. Kofinen per Pfund 30 Pf.
ff. Mandeln per Pfund 100 Pf.
offertiert

A. Trautwein,
Gr. Ulrichstraße 31.

Häner
mit Buchbau u. Strecken-
betrieb vertraut, sowie
Förderleute
finden bei uns dauernde und lohnende
Beschäftigung. Für ledige Arbeiter be-
queme Wohnung auf dem Werke.
Gewerkschaft Graf Nolte, Einheim
bei Otterwisch, Bez. Leiswig.

Dank.
Für die vielen Beweise liebevoller
Teilnahme beim Begräbnis meines
teueren entlassenen Kindes sagen wir
allen untern aufrichtigsten Dank.
Deuben den 25. September 1901.
**Oskar Jausch nebst Frau und
Kind.**

Dankagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines
innigstgeliebten, guten, mir unbegrei-
flichen Mannes, meines Sohnes, Bru-
ders, Schwiegersohnes und Schwagers,
des Malers **Wilhelm Schwarz** sage ich
allen denen, welche seinen Sarg so
reichlich mit Blumen schmückten und
mir hilfreich zur Seite standen, meinen
tiefgefühlten Dank, insbesondere Herrn
Dr. Müller für die aufopfernde Be-
mühung bei der schweren Krankheit
meines geliebten Mannes. Dem Per-
sonal der Firma J. Levin für die reiche
Blumenpracht, meinen herzlichsten Dank.
Besonderen Dank auch dem Vorstand
der Maler, Lackierer u. s. m. sowie den
Kollegen der Va. Möllhoff u. Niemener.
Im Namen der Hinterbliebenen
die tieftrauernde Witwe
Martha Schwarz geb. Schmidt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

B. Lübeck, den 27. Sept. 1901. Fünfter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

In der Bamber Streikfrage wird nach längerer Debatte die Entscheidung der Majorität bestätigt, wonach es dabei bleibt, daß die kleinen Charwerker nicht aus der Partei ausgeschlossen werden.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erlietert B. Wurm-Berlin: Ich werde Ihnen, wie mir, das Vermögen bereiten, sehr kurz zu sein. Im allgemeinen ist die Tätigkeit der Fraktion nicht befriedigend worden.

Wir verlangen darin aber nur die vorläufige Einführung des schlußbindigen Normalarbeitsgesetzes eingebracht haben. Wir verlangen darin aber nur die vorläufige Einführung des schlußbindigen Normalarbeitsgesetzes eingebracht haben. Wir verlangen darin aber nur die vorläufige Einführung des schlußbindigen Normalarbeitsgesetzes eingebracht haben.

Es ist jetzt viel von Sozialpolitik seit der Fabrikation die Rede. Aber wie steht es mit diesen Pensionen? Krupp hat eine große Pensionklasse eingerichtet. Die Arbeiter müssen hin- und her gehen, sie gehen aber ihrer gesuchten Beiträge bei unfreiwilligem Austritt verlustig.

Es ist jetzt viel von Sozialpolitik seit der Fabrikation die Rede. Aber wie steht es mit diesen Pensionen? Krupp hat eine große Pensionklasse eingerichtet. Die Arbeiter müssen hin- und her gehen, sie gehen aber ihrer gesuchten Beiträge bei unfreiwilligem Austritt verlustig.

Es ist jetzt viel von Sozialpolitik seit der Fabrikation die Rede. Aber wie steht es mit diesen Pensionen? Krupp hat eine große Pensionklasse eingerichtet. Die Arbeiter müssen hin- und her gehen, sie gehen aber ihrer gesuchten Beiträge bei unfreiwilligem Austritt verlustig.

über die Budgetfrage war auch von der Teilnahme an öffentlichen Deputationen die Rede. Bebel hat den Vorschlag getrieben, wohl weil er überflüssig und selbsterhöchlich ist. Das die Anträge zur parlamentarischen Tätigkeit anlagte, so findet sie gut gemeint, aber die meisten trägt die Fraktion bereits als selbstverständlich Rechnung.

Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden. Die Resolution Xuxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

das Kulturbudget haben die höchsten Genossen den Mut gehabt zu stimmen, sondern sie haben sich der Stimme enthalten. (Hört! hört!) Die badische Regierung hat offiziell erklärt, für die Klotenvorlage und für die Umfinanzierung gestimmt zu haben, und trotzdem bewilligen die Sozialdemokraten das Budget, indem sie die Umfinanzierung mit Gewissheit in etwas geziehen, was ich für das höchste Glück halte, was ich jemals von einem Parteigenossen gelehen habe.

Überhaupt werden von den höchsten Genossen die eigentümlichen Brünne gemacht. Dem Karlsruhe Oberbürgermeister Oetinger, einem Sozialistenreferent illustriert Art, sollte das Gehalt bewilligt werden. Unsere badischen Genossen stimmten dafür! (Hört! hört!) Ja ein Sozialdemokrat stand unter dem Namen zur Teilnahme an einer Übung zum 25-jährigen Jubiläum dieses Sozialistenreferent! Hier mündlich! Aber nicht! (Hört! hört!) Nicht einmal das Jubiläumswort, sondern das Mögliche erstreben. Das ist der Sozialismus in schlechterem Sinn.

Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sähen der Resolution Bebel stimmt ich zu, den letzten nicht. Er öffnet allein seine Zähne und zeigt uns die Zähne, und wir können nicht annehmen. Was er sagt, der ist eine Gefahr für die klare politische Stellung, die wir einnehmen.

Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sähen der Resolution Bebel stimmt ich zu, den letzten nicht. Er öffnet allein seine Zähne und zeigt uns die Zähne, und wir können nicht annehmen. Was er sagt, der ist eine Gefahr für die klare politische Stellung, die wir einnehmen.

Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sähen der Resolution Bebel stimmt ich zu, den letzten nicht. Er öffnet allein seine Zähne und zeigt uns die Zähne, und wir können nicht annehmen. Was er sagt, der ist eine Gefahr für die klare politische Stellung, die wir einnehmen.

Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sähen der Resolution Bebel stimmt ich zu, den letzten nicht. Er öffnet allein seine Zähne und zeigt uns die Zähne, und wir können nicht annehmen. Was er sagt, der ist eine Gefahr für die klare politische Stellung, die wir einnehmen.

Dr. Südekum-Dresden: Es ist nicht meine Schuld, daß ich in so kurzer Stunde noch Ihre Aufmerksamkeit für einen so wichtigen Gegenstand erbitte muß. Die Wohnungsfrage hier zu erörtern, ist ganz unmöglich. Wir können uns hier nur mit den Wohnungsverhältnissen des Proletariats in den großen Industriezentren beschäftigen. Natürlich sind auch die überaus schwierigen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in den Städten unbedingt, die zu einer tiefen Krise der Volkskraft bilden. Die Wohnungsverhältnisse der städtischen Bevölkerung auf dem Lande hat ja auch ein helles Licht auf die miserablen Wohnungsverhältnisse auf dem Lande geworfen und bewiesen, daß die Arbeiter manchmal schlechter untergebracht sind, als das Vieh. Aber die Wohnungsfrage des Landarbeiters hat doch eine andere Ursache, als das Wohnungsproblem in den Großstädten. Die erhöhte Steigerung der Grundrente in den Großstädten machte eine übertriebene Ausnutzung des Grund und Bodens notwendig, es wurden riesige Mietfarmen gebaut. Dabei hat die Vermehrung der Wohnungen abholt nicht mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt gehalten. Das führte zu einer Wohnungsnot, die sich auf dem Lande auf Kosten der Arbeiter, denn das Schicksal der Arbeiter hat durchaus seine Gültigkeit behalten, wonach die Aufwertung der Wohnung um so größer sein muß, um so geringer das Einkommen einer Familie ist.

Einigen frühigen Impuls hat die Behandlung der Wohnungsfrage erst erhalten, als die Arbeiterbewegung in Verbindung mit ungenügender Schiedsrichterei in England auftrat. Der Tuberkuloseepidemie in London hat mit Recht darauf hingewiesen, daß bei der Bekämpfung dieser Arbeiterkrankheit die Schaffung gesunder Wohnungen besonders wichtig ist. Das nun die Mittel zur Abhilfe betrifft, so muß ich von vornherein die alte Behauptung zurückweisen, als ob die Wohnungsfrage eine rein soziale Frage wäre. Es gibt eine soziale Frage, wenn wir die Macht haben, sich auch Mittel genug vorhanden, um die Wohnungsnot zu beseitigen. An den technischen Mitteln kann die Arbeiterbewegung nicht scheitern. Man behauptet, wir trieben mit unserer Wohnungspolitik Viebesagenpolitik für die Arbeiter. Das ist ganz unrichtig. Wir wollen nicht den Staat die Lösung der Wohnungsfrage überlassen, sondern für das Proletariat, sondern für die Nation. Die Städte werden jetzt total ungesund geleitet. Wir verlangen eine vollständige kommunikalische des Grund und Bodens, auf dem Käufer gebaut werden sollen. Die Gemeinde muß eine Wohnungsorganisation schaffen. Schwierig mag das sein. Schwierig mag auch die Organisation der Wohnungen sein. Aber die Organisation der Wohnungsverhältnisse. Aber die Schwierigkeit liegt doch in der Durchführung nicht aus. Die Gemeinde sorgt für die Wohnung des kranken Proletariats in den Krankenhäusern, für die Bestattung auf den Friedhöfen. Warum soll sie nicht auch für die Wohnungen sorgen, die dem Arbeiter den Tod weniger gefährlich machen, das Leben lebenswerter machen, die Arbeit leichter machen. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, Grund und Boden zu erwerben, aber nicht zu verkaufen. Freie Verkauf der Gemeinden Grund und Boden nach den Grundrissen der ärgsten Grundbesitzer. Unser Gesellsch. hat vorgeschlagen, daß die Gemeinde die Käufer an Mietergesellschaften abgibt. Der Vorstand hat die Verwaltung von Särgen, in denen Proletariat wohnt, nicht sehr geeignet. Gesellsch. Hoffmann hat ja erst neulich seine Erfahrungen auf diesem Gebiete gemeldet. (Beifall.)

Die Eigenhaftigkeit der Gemeinden kann aber niemals ausreichen, sie wird immer auf die private Bauwirtschaft angewiesen sein. Jedenfalls aber muß über diese eine genügende Kontrolle ausgeübt werden, um zu verhindern, daß die Grundstücke in die Hände von Spekulationen fallen. Die Wohnungsinspektion muß natürlich von der Polizei losgelöst werden. Ihre Aufgaben bestehen einmal in dem Kaufe der gesundheitswidrigen Wohnungen selbst, vor allem die Stellerwohnungen, und zweitens in der gesundheitsmäßigen Ausnutzung der Räume durch Aufnahme von Mietergesellschaften. Die zweite Gefahr ist die bei weitem größere vor allem auch in städtischer Beziehung. Natürlich wäre eine Verhinderung der zu großen Ausnutzung der Wohnungen vollkommen unmöglich, wenn nicht damit die Hälfte für eine genügende Anzahl arbeiter Wohnungen Land in Hand geht. In Hamburg, wo das nicht geschehen, hat sich die Zahl der Stellerwohnungen in einem Jahre um 91 v. H. vermehrt. Die Arbeiter müssen in ungesunden Wohnungen gezwungen werden. Die so überaus wichtigen Vorkehrungen müssen herab ausgeübt werden, daß sie nicht den Interessen der Hauseigentümer entgegenkommen. Wir verlangen abgestufte Bauordnungen, je nach den Zwecken, zu denen das Haus gebraucht wird. Das Verbot der Mietverhältnisse muß dahin gehen, die Grundstücke, zum Verkauf, den Grundbesitzern zu verkaufen der Allgemeinheit abzugeben. Die gesamten Steuern der Grund und Boden müssen nicht dem Staat sondern der Gemeinde zufallen, sonst werden die Gemeinden verarmt, möglichst wenig Grund und Boden zu erwerben, während das Gegenteil wünschenswert ist. Die Steuern der heutigen Grundbesitzer sind eine sehr schmerzhafte, aber gerechtfertigte Steuer. Die Steuern der Bauwesen, die man hier jetzt mit solchen Steuern, wie Grundsteuer, Umwohnungssteuer usw. gemacht hat, haben sich wenig verändert. Alle solche Steuern können leicht überwälzt werden auf die Mieter und dem kann die Gemeinde nur durch den eigenen enteignet werden.

Sehr wichtig ist auch die Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsrechtes der Gemeinden eine Privilegierung der Grund- und Hausbesitzer. Das geht schon daraus hervor, daß Grundstücke, deren Expropriation beabsichtigt, heute ein außerordentlich beliebiges Spekulationsobjekt sind. Land in Hand mit der Bodenpolitik und organisch mit ihr verbunden muß die Bodenpolitik der Gemeinden sein. Unsere Forderungen an das Reich selbst in Bezug auf die Wohnungsreform sind ja bekannt. Die Wohnungsreform ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Bewegung, die ohne Wohnungsreform in ihren Wirkungen fast ganz illusorisch gemacht wird. Neben diesen Forderungen an die Gemeinden, Einzelstaaten und Reich, die zwar noch zum großen Teil zurückzuführen sind, muß man weiter die Selbsthilfe der Bauwesenstendenzen gehen. Natürlich bevorzugen wir prinzipiell alle Bauwesenstendenzen, die darauf abzielen, ihre Mitglieder zu kleinen Hausbesitzern zu machen, verlangen trotzdem, daß das gemeinsame Eigentum der Genossen in allen Fällen fest gewahrt wird. Auch habe ich ausdrücklich betont, daß wir nicht daran denken, die Tätigkeit der Bauwesenstendenzen zu übergehen. Natürlich können die Genossenschaften ohne Kredit nichts anfangen, aber ich erinnere daran, daß in den staatlichen Versicherungsfonds fünf bis sechshundert Millionen liegen, die ganz zu unserer Unternehmung solcher Bauwesenstendenzen benutzt werden können. Wir bevorzugen wir aber alle Wohlfühlensstimmungen in dieser Beziehung und eben entschieden den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer. Gegen die Unternehmer können sich die Arbeiter durch die Bewerksamkeit, gegen die Hausbesitzer aber durch die Mietervereine, gegen die Bauwesenstendenzen in einer Person vereinen, das ist der Arbeiter, der vertritt und verkauft. (Beifall.)

Vor allem aber muß betont werden, daß niemals durch irgend eine Maßnahme der Wohnungsfrage die Preispolitik beschränkt werden darf. (Beifall.) Ich komme zum Schluß. Ich habe schon im Anfang meine Absicht ausgesprochen, daß die Wohnungsfrage für mich eine politische Frage ist in erster Linie ein Kampf gegen die Grundbesitzer, um die politische Macht in Staat und Gemeinde. So müht auch dieser Kampf ein in den großen Emanzipationskampf des Proletariats. (Beifall.)

Die Resolution des Referenten stellt folgende Forderungen auf:

1. Von den Gewählten:
- a) Erwerbung, Erhaltung und Verwertung von Grundbesitz;
 - b) Erwerbung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von dem Grundeigentümer;
 - c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittlung der Wohnungsbewertung;
 - d) Verbesserung der Bauordnungen;
 - e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
 - f) Übernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigener Regie.

2. Von den Einzelstaaten:
- a) Ertrag der bestehenden kommunal-Wahlsteuern durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgeübt auf alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts;
 - b) Bessere Selbstverwaltung der Gemeinden;
 - c) Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungs-Verfahrens zu ihren Gunsten. (Verf. 34.)
 - d) Reform der Eisenbahnpolitik.

3. Vom Reich:
- a) Ertrag eines Reichswohnungs-Gesetzes (enthaltend u. a. Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
 - b) Errichtung eines Reichswohnungsamtes (Ueberwachung und Erforschung des gesamten Wohnungswezens, Zentralbehörde für Wohnungsinspektion und Wohnungsstatistik);
 - c) Reform des Mietsrechts, des Mietsprozesses, der Zwangs-vollstreckung.

Miller-Hamburg zieht den Antrag des 2. Hamburger Wahlkreises, dem Programm im zweiten Teil den Satz einzufügen: „Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich in Form eines Reichs-Wohnungsgesetzes“ zufolge des Referats zurück.

Gerle-Barmen bittet, der Fraktion einen Antrag zur Berücksichtigung zu überreichen, der Einbringung eines spezialisierten Reichs-Wohnungsgesetzes verlangt.

Stollen-Hamburg beantragt, in der Resolution hinzuzufügen: „Verbesserung der Bauordnungen“ hinsichtlich „und rechtliche Ausdehnung derselben auf die noch unbauten Grundstücke“.

Zubeil-Berlin (zur Geschäftsordnung): Ich bitte Sie, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, wenn Sie nicht wieder darüber hätten mich bei dieser hochwichtigen Frage nichts erreicht. Daher bitte ich Sie, weil doch schon fast jeder mit dem Votum in der Hand besteht, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. (Beifall.)

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Dr. Südekum-Dresden erklärt sich in seinem Schlusswort mit dem gestellten Anträgen einverstanden. Er bittet die Parteigenossen, die hochwichtige Frage nicht mehr aus der Diskussion in der Partei verdrängen zu lassen. Er habe hier Anregungen gegeben und hoffe, daß dieselben auf fruchtbaren Boden gefallen und in der Antizipation ausgeübt werden werden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Verständlich. In der kurzen Wiederberaung der Rede des Generalsekretärs Dr. Frankfurt am Main aus der Vormittingung vom 26. September zur Affordmurefrage ist eine wichtige Mitteilung Quards durch einen Druckerfehler entfallen. Es muß nämlich heißen: „Sogar die sozialistische Richtung der Maurer Deutschlands hat ihre der Hamburger Affordmure-Aufnahme von meinetwegen (hat) fortgesetzt, wie der Druckfehler der Genossen Quard gegen liegt, weil auch die Sozialorganisten gegen die Affordmure sein.“

Rübel, den 28. September 1901.
Sechster Verhandlungstag.
Nachmittagsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung.

Der Antrag der Parteikonvention, die Beiderweise des Wahlkreises Karl-Lange früher Vertrauensmann des 5. Wahlkreises in Berlin, gegen seine Ausweisung aus der Partei, wegen Verstoßes mit einem Parteimitglied, zurückzuziehen, und den Ausschluß zu bekräftigen, wird angenommen.

Es folgt die Beratung der noch vorliegenden Anträge.

Singer schlägt vor, alle Anträge, die sich auf die Abänderung des 8. des Erntestimmrechts beziehen, mit Rücksicht auf die Geschäftslage von der Tagesordnung abzugeben.

Der Parteitag beschließt, die Anträge dem neuen Parteivorstand als Material zu überreichen.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

Singer: Der Antrag wurde dem Reichstag zur Vorberatung vorgelegt.

